№ 37. Sonntag, den 12. Februar 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Annahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Erstes Blatt.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Vom Reichstage.

29. Sitzung vom 10. Februar.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Novelle zum Bankgesetz.

Abg. v. Kardorff (Rp) verbreitet sich zunächst ausführlicher über die Währungsfrage. Des Weiteren bemerkt er, in die glühenden Lobsprüche auf die Leistungen der Reichsbank könne er doch nicht so ganz einstimmen. Denn das Hauptkriterium hierfür seien die Wechselkurse. Ein zweites Kriterium sei der Bankdiskont, ein drittes der Schutz des Goldvorraths. Daß der industrielle Aufschwung wenigstens zu einem Theil an der Goldabnahme die Schuld trage, wolle er zugeben, mehr ausschlaggebend seien aber gewesen die ausländischen Anleihen und die Handelsunterbilanz. Die Notenkontingentirung halte er für verfehlt, 1875 habe er ihr zugestimmt, aber damals sei er noch in dieser Frage sehr unwissend gewesen. (Heiterkeit. Ruf links: Jetzt auch noch!) Wenn die Kommission es fertig bringe, unsern Goldvorrath zu schützen und den Diskont niedrig zu halten, werde er ihr sehr dankbar sein.

Abg. Fischbeck (frs. Vp.) widerspricht den Schlußfolgerungen des Vorredners aus der Handelsunterbilanz. Daß Deutschland nicht in Verarmung begriffen sei, werde durch den Augenschein wie durch die Einkommenssteuerstatistik ausreichend widerlegt. Redner wendet sich hierauf den vorgestrigen Ausführungen des Abg. Gamp zu und erwähnt des Weiteren einen Artikel im „Deutschen Wochenblatt" des Abg. Arendt. Da werde über die Gefahren gespottet, welche für eine verstaatlichte Bank im Kriegsfalle entstehen könnten. Und da sage Herr Arendt: „Gesetze zu machen für den Kriegsfall, das sei nicht deutsche Art!" Nun, meine Herren, ich wünschte wohl, daß Herr Arendt wieder gesund ist, wenn wir hier über die Militärvorlage berathen. Dann mag er wiederholen: „Wir machen hier keine Gesetze für den Kriegsfall!" (Heiterkeit.) Redner erklärt schließlich noch das Einverständniß seiner Partei mit der Vorlage.

Abg. Hahn (Bd. d. L.) bemerkt, die Angriffe gegen die Reichsbank seien nicht gerichtet gegen die Person des Präsidenten, sondern gegen das System. Dem Präsidenten müßte ein wirthschaftlicher Ausschuß aus allen Kreisen der Bevölkerung zur Seite gesetzt werden. Dringe man in der Kommission mit der Verstaatlichung nicht durch, dann müsse wenigstens der Gewinnantheil der Aktionäre herabgesetzt werden. Eine Garantie von 4 pCt. Dividende genüge vollkommen. Das Wichtigste sei aber die Diskontopolitik. Diejenige der Reichsbank habe sich nicht bewährt und die Schuld daran liege in der Hauptsache bei der ganzen Organisation der Bank. Redner verbreitet sich weiter über die Wirthschaftspolitik, die Bismarck'sche und diejenige Caprivi's einander gegenüberstellend; letztere habe der Landwirthschaft keinen genügenden Schutz geboten. Eine bessere Diskontopolitik würde eine Wohlthat sein für alle produktiven Stände Deutschlands. (Beifall rechts)

Präsident der Reichsbank Koch nimmt die Diskontopolitik der Reichsbank in Schutz. Wenn das Wirthschaftsleben so in die Höhe gehe, wie seit 1895, wenn der Wechselverkehr so außerordentlich zunehme, dann seien die eingetretenen Diskontoveränderungen nur natürlich. Die beste Politik gegen Goldausfuhr sei und bleibe immer die Diskontopolitik. Den ihm, dem Redner, vom Abg. v. Kardorff gemachten Vorwurf, seine Leitung der Bank sei eine verhängnißvolle, müsse er als den stärksten Vorwurf bezeichnen, der ihm hätte gemacht werden können. Ferner sei behauptet worden, die Grundlagen unserer Währung seien nur schwache. Was werde das im Auslande für einen Eindruck machen, wenn hier ein Abgeordneter die Säule unseres nationalen Kredits als schwach darstelle.

Abg Broemel (frs. Vg.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hahn, wobei er bemerkt, wenn Herr Hahn die Ausschließung fremder Waaren als Hohenzollernpolitik bezeichne, dann hätten die Konservativen kein Recht, die gegenwärtige Politik der Handelsverträge ebenfalls als Hohenzollernpolitik zu bezeichnen. (Rufe links: Sehr richtig!) Redner tritt dann einem Angriffe des Abg. Heiligenstadt auf den Reichsbankdirektor in Hamburg entgegen, ebenso den Ausführungen desselben Abgeordneten über die Zentralgenossenschaftskasse. Diese halte es nicht einmal für nöthig, für genügende Veröffentlichung ihrer Geschäftsberichte zu sorgen.

Abg. Heiligenstadt (ntl.) bestreitet, unrichtig zitirt zu haben.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis) hält es für das Richtigste, das Bankprivileg nur um ein Jahr zu verlängern und durch eine aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzte Kommission ein neues Bankgesetz ausarbeiten zu lassen. Redner beleuchtet dann den Wechsel in der Stellungnahme der Sozialdemokratie, die vor zehn Jahren gegen die Bankvorlage gestimmt habe. Jetzt leiste sie dem Kapitalismus direkt Vorspann. Redner plaidirt noch für Verstaatlichung der Reichsbank, desgleichen der

Abg. v. Wangenheim (Bd. d. Landw)

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) erörtert den Unterschied zwischen der von der Sozialdemokratie und der von den Junkern angestrebten Art der Verstaatlichung. Bei der Reichsbank bedeute diese Verstaatlichung die Auslieferung der Bank an die Junker. Dafür seien die Sozialdemokraten nicht zu haben.

Die Debatte wird geschlossen.

Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Nächste Sitzung Sonnabend. Interpellation Kanitz betr. die deutsch-amerikanischen Vertragsverhandlungen. Novelle zum Zivil- und Strafprozeß. Wahlprüfungen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

16. Sitzung vom 10. Februar.

Am Ministertische: Minister v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein.

Die gestern abgebrochene Berathung über die Interpellation Szmula (Zentr.) betr. den Arbeitermangel auf dem Lande wird fortgesetzt und zugleich die Berathung über den Antrag Gamp (frk) verbunden, welcher von der Regierung zur Beseitigung des Mangels an ländlichen Arbeitern Forderungen in acht Positionen stellt.

Abg. v. Glasenapp (kons) bemerkt, der Mangel an ländlichen Arbeitern sei nicht zu bestreiten; er hoffe, daß nun auch von freisinniger Seite derselbe anerkannt werde. Mit dem Antrage Gamp seien seine Freunde einverstanden, würden aber ihre, über diesen Antrag hinausgehenden Wünsche in einem besonderen Antrage formuliren.

Minister v. Miquel erklärt, die Regierung erkenne den Mangel an ländlichen Arbeitern voll an und sei bereit, alle Mittel zu ergreifen, welche nicht durch nothwendig zu nehmende höhere politische Rücksichten ausgeschlossen werden müßten (Bravo.) Für die in Deutschland augenblicklich vorhandene Arbeitsgelegenheit reiche die vorhandene deutsche Bevölkerung kaum aus. Dazu komme, daß der Bedarf an Saisonarbeitern auf dem Lande immer größer werde. Ausländer könnten nicht unbeschränkt zugelassen werden, denn Preußen könne seine Entwickelung nicht durch die slavische Kultur gefährden lassen. Diesen Vorschlag müsse die Regierung daher zu ihrem Bedauern ablehnen. Die längere Zulassung der Ausländer bis zum 16. Dezember werde bisher gehindert durch die russischen Paßeinrichtungen. Die in Bezug auf die Gewerbeordnung gemachten Vorschläge (Verbot der Gesindevermittelung im Umherziehen 2c.) sollten dem Reichstage gemacht werden. Die Maßnahmen gegen die Verrohung der Jugend würden nicht von schneller, unmittelbarer Wirkung sein können. Ganz entschieden bekämpfen müsse er die Uebernahme der Armenpflege auf den Staat (Heiterkeit). Redner betont weiter, daß die Regierung auf Grund der Rentengutsgesetzgebung im Osten neue Ansiedelungen errichte. Die Hauptsache aber bleibe die Besserung der Lage der Landwirtschaft überhaupt (Sehr richtig! Beifall).

Abg. Becker (Zentr.) befürchtet, daß der heutige Nothstand noch akuter werde. Die billigen Eisenbahnfahrten erleichterten dem Arbeiter das Reisen und förderten den ländlichen Arbeitermangel. Redner stimmt mit seinen Freunden dem Antrage Gamp zu.

Reg.-Kommiss. Minist.-Direktor. Kügler erklärt, die Regierung könne Aenderungen in der Schuleinrichtung nicht billigen, weil dadurch die Volksbildung herabgedrückt werden würde.

Abg. Vorster (frk) giebt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß mit der Bekämpfung der Genußsucht und Verrohung in den Arbeitermassen Ernst gemacht werden müsse.

Minister Frhr. v. Hammerstein erklärt seine volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Ministers v. Miquel. Das Wichtigste für die Landwirthschaft sei die Verkehrsverbesserung und die Ausnutzung der weit ausgebildeten Maschinentechnik. Die Kanalausführungen zu bekämpfen liege kein Grund vor. Den Generalkommissionen sei die Weisung ertheilt worden, die Ansiedelung kleiner Leute nach Möglichkeit zu fördern. Leider wirkten die Lehrer auf dem Lande nicht mehr wie früher vorbildlich für die Landwirthschaft; sie verpachteten ihr Stück Land, dessen Bearbeitung dem „Herrn" Lehrer nicht passe und vergäßen auch, den Kindern zu sagen, daß der liebe Gott die Erde dazu gegeben, daß sie von den Menschen bebaut werde (Bravo!) Eine Handarbeitslehrerin lehre den Mädchen stricken und sticken, aber vom Kuhmelken lernten sie nichts (Beifall). Damit werde den Kindern die Lust an der ländlichen Arbeit verleidet und diese der Landwirthschaft entfremdet (Beifall).

Abg. Gördeler (frk.) hofft, daß die heutigen Ausführungen des Ministers überall freudigen Widerhall finden werden.

Abg. Graf Strachwitz (Zentr.) meint, die gleiche Frage habe das Haus schon vor einem Jahre beschäftigt, und da sei es doch auffallend, daß die Regierung seit 12 Monaten keine praktischen Anordnungen getroffen habe. Die Lage der Arbeiter auf dem Lande sei eine so gute, daß es den Arbeitern besser gehe als vielen Kleinbesitzern. Die Unbotmäßigkeit der Landarbeiter sei eine Folge des Kulturkampfes.

Abg. v. Korn (kons) meint, man müsse die Arbeiter an der Scholle festzuhalten suchen; das sei das Wichtigste. Sodann empfiehlt Redner die konservativen Anträge und Einführung der Prügelstrafe bei minderjährigen Arbeitern. (Lachen und sehr richtig! rechts.)

Minister v. Miquel führt aus, das Unterstützungswohnsitzgesetz habe bereits eine sehr gute Verbesserung erfahren dadurch, daß die Unterstützungspflicht schon nach dem 18. Jahre und nach 2jährigem Aufenthalt eintrete.

Abg. Hirsch (frs. Vp.) meint, die Klagen über die Verrohung der Jugend seien leider berechtigt. Aber leider stehe es mit Zucht und Sitte auf dem Lande nicht besser als in den Städten. Nicht zu bestreiten sei, daß die Behandlung der ländlichen Arbeiter von jungen Gutsbesitzern und Inspektoren nicht immer angenehm sei und mancher Arbeiter aus der Landwirthschaft hinausgeekelt werde. Die Gesindeordnung von 1810, das Fehlen jeglicher Schutzvorschriften und jedes korporativen Zusammenhanges seien die Hauptursachen, daß der Arbeiter sich von der Landwirthschaft abwende; bestärkt hierin werde er durch die Unmöglichkeit, selbstständig zu werden. Der Grundfehler der Anträge liege darin, daß die Antragsteller glaubten, den Kulturstand der Arbeiter zurückschrauben zu können. (Rufe: Schluß!). An Stelle solcher reaktionären Vorschläge solle man lieber dafür sorgen, daß berechtigte Forderungen der Arbeiter erfüllt würden. Mit Prügeln würde man die Verrohung nicht hindern, sondern fördern. Das sei pädagogisch unanfechtbar. Der heutigen Hochfluth von Arbeit werde auch die Ebbe folgen, und dann würden die fremden Arbeiter den heimischen erdrückende Konkurrenz machen. Redner plaidirt schließlich für Förderung und Wahrung des Koalitionsrechtes auch der ländlichen Arbeiter. Die vorliegenden Anträge machten in ihrer Totalität den Eindruck der Arbeiterfeindlichkeit (Beifall links, Zischen rechts)

Nunmehr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Kleine Etats und Fortsetzung der heutigen Debatte.

Deutsches Reich.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Freitag die Berathung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres bei der Artillerie Organisation fortgesetzt. Kriegsminister v. Goßler erklärte, der Friede sei nur durch eine gute Heeresrüstung zu erhalten. Unsere technischen Einrichtungen müssen den etwaigen Gegnern voraus sein. Die vorgeschlagene Organisation werde den Frieden auf lange hinaus sichern. Die gegnerischen Staaten könnten diesen Schritt nicht so schnell nachmachen. Er glaube nicht an die Schraube ohne Ende. — Bei der Abstimmung wurde die geforderte Vermehrung der Feldartillerie mit 12 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Vermehrung der Fußartillerie wurde darauf mit 11 gegen 9 Stimmen bewilligt.

Die Interpellation des Abg. Johannsen wegen der nordschleswigschen Ausweisungen dürfte, wie verlautet, seitens des Reichskanzlers keine Beantwortung erfahren. Die Reichsregierung steht in dieser Frage auf dem Standpunkte, den in mehreren früheren Fällen bereits Fürst Bismarck einnahm: daß sie den Einzelstaat — hier Preußen — angehe. Dort ist aber die Angelegenheit bekanntlich schon verhandelt worden.

Im Abgeordnetenhause ist das zweite Verzeichniß der Petitionen ausgegeben worden. Darunter befindet sich die von Uhticke und Gen. in Berlin, die Beschwerde führen über die noch nicht erfolgte Bestätigung des Oberbürgermeisters von Berlin.

Die kürzlich angekündigte Vorlage des Reichskanzlers betr. die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin befindet sich schon seit einiger Zeit in den Händen des Bundesraths. Sie beruft sich darauf, daß die Bewegung zu Gunsten der Zulassung immer mehr an Stärke und Umfang zunehme, und daß diese Forderung in den thatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen begründet erscheine. Außer dem medizinischen soll auch das zahnärztliche Studium sowie das Apothekergewerbe den Frauen freigegeben werden. Den jetzt bereits ohne Immatrikulation als „Hospitantinnen" die Vorlesungen besuchenden Frauen sollen ihre Semester angerechnet werden.

Der „Voss. Ztg." wird am Freitag aus Rom gemeldet: Das Konsulargericht in Alexandria hat die verhafteten italienischen Anarchisten vor das Schwurgericht in Ancona verwiesen. Die Anklage lautet nur auf Vereinigung zu ungesetzlichen Zwecken, woraus hervorgeht, daß der angebliche Anschlag auf Kaiser Wilhelm nicht nachweisbar ist.

Das vom deutschen Auswärtigen Amt ressortirende Wolffsche Bureau ist beauftragt worden, folgende Madrider Mittheilung der spanisch-offiziösen „Agence Havas" zu verbreiten: „Die Regierung erachtet es als nothwendig, daß Spanien seine Souveränetät auf den Karolinen aufrecht erhalte und auf die Kaufangebote nicht eingehe." — 1886 hat der Schiedsspruch des Papstes Deutschland vor dem Besitz der „Karolinen" bewahrt. Die Umstände, welche diesmal das Scheitern der Verhandlungen mit Deutschland herbeigeführt haben, sind bisher nicht bekannt.

Auf die neuen 3proz. Reichs- und Staatsanleihen — 75 Millionen Mark deutsche 3proz. Reichsanleihe und 125 Millionen Mark preußische 3proz. Konsols — sind nach der „Nordd. Allg. Ztg." am Donnerstag rund vier Milliarden Mark gezeichnet worden.

Der sozialdemokratische Privatdozent Dr. Arons hat dem „Vorwärts" mitgetheilt, daß ihm von einem Disziplinarverfahren absolut nichts bekannt sei.

Das deutsche Schulschiff „Stosch" ist am Mittwoch in Tunis eingetroffen, empfangen von den vorschriftsmäßigen Salutschüssen der französischen Forts. Das deutsche Schulschiff „Charlotte" blieb wegen seines Tiefganges in Goletta. Wie schon in früheren algierischen Häfen fanden auch hier freundliche Begrüßungen zwischen den deutschen und französischen Marine-Offizieren statt. Beim Beiramfeste sollen die deutschen Offiziere dem Bey von Tunis vorgestellt werden.

Der bisherige Vorsitzende des Munizipalrathes in Apia auf Samoa, Dr. Raffel, ist auf der Reise nach Deutschland in San Franzisko eingetroffen. Da Dr. Raffel zur Zeit der blutigen Unruhen, die um Neujahr sich auf Samoa abspielten, dort anwesend war, wird die Annahme zutreffen, daß er der Träger wichtiger, für das Berliner auswärtige Amt bestimmter Aktenstücke ist. Dr. Raffel wird nicht wieder auf seinen Posten zurückkehren. Seine Abberufung ist jedoch nicht als eine Folge der jüngsten Vorgänge auf der Inselgruppe aufzufassen, sondern erfolgte auf seinen eigenen Antrag schon im vergangenen Jahre.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Oesterreich hat am Donnerstag der Ministerrath beschlossen, die Landtage einzuberufen. Die Einberufung wird in zwei Serien erfolgen; der kleinere Theil der Landtage, unter ihnen der galizische, tritt gegen den 20. Februar zusammen; der größere Theil, darunter der böhmische, erst im März.

Zur Lage in Ungarn berichtet die offiziöse „Budapest. Korresp.". Am Donnerstag erschienen die Führer der Dissidenten Czaky und Andrassy bei dem Ministerpräsidenten, welchem sie in Anwesenheit des Honvedministers Fejervary, des Handelsministers Lucacs und Szells im Namen der oppositionellen Vertrauensmänner den Vorschlag machten, zum Zweck der rascheren Erzielung einer Vereinbarung betreffend die Gerichtsbarkeit der Kurie in Wahlsachen und die Revision der Hausordnung zwei Vertrauensmänner zur Verhandlung mit den Delegirten der Opposition zu entsenden. Die Regierung nahm den Antrag grundsätzlich an und ersuchte die oppositionellen Delegirten um Mittheilung der von ihnen in dieser Beziehung ausgearbeiteten Entwürfe.

Frankreich.

Die neue Gesetzesvorlage der Regierung bezüglich des Revisionsverfahrens wurde am Freitag von der Kammer mit 326 gegen 206 Stimmen angenommen. — Das Haus, besonders die Tribünen, war überfüllt. Nach dem Berichterstatter Morlière, der die Vorlage verurtheilte, sprachen verschiedene Deputirte theils für, theils gegen das Gesetz, wobei es öfter zu tumultuarischen Auftritten kam. Ministerpräsident Dupuy suchte die Republikaner mit der Bemerkung zu beschwichtigen, daß es Pflicht der Regierung sei, der Dreyfus-Angelegenheit ein Ende zu machen und sie der allerhöchsten Gerichtsbarkeit des Landes zu unterbreiten. — In den Wandelgängen der Kammer

wurde das Resultat der Abstimmung viel besprochen. Nach wie vor ist man der Meinung, daß das Gesetz vom Senat abgelehnt werden wird.

Kreta.

Die Engländer beginnen jetzt, sich in Kandia häuslich einzurichten: Die von ihnen errichteten Militärbaracken sollen 20 000 Mann fassen können. Außer besonderen Briefmarken haben sie letzthin auch besondere Stempelmarken eingeführt, deren oberer Theil die englische Flagge zeigt, während der untere Teil das Wort „Kandia" trägt. Besonders bemerkenswert ist, daß sie gerade jetzt, wo die Arbeiten der vom Prinzen Georg zur Aufstellung einer Gerichtsverfassung für die ganze Insel eingesetzten Kommission ihrer Beendigung entgegengehen, die Gerichtsverhältnisse Kandias eigenmächtig zu ordnen beginnen. Generalleutnant Chermside veröffentlichte eine Verfügung, durch die er „in Anwendung der ihm von der Königin von England übertragenen Gewalt" gemischte Friedensgerichte konstituirt, die von je einem Türken und Christen als Beisitzer und von einem Engländer als Vorsitzenden gebildet werden und im Namen der Königin von England Recht sprechen. Trotz aller entgegengesetzten Meldungen bleibt gewiß, daß fast die gesammte türkische Einwohnerschaft Kretas für England gewonnen ist und nach wie vor die englische Unterthanenschaft der Unterordnung unter die autonome Verwaltung der Insel oder gar unter griechische Herrschaft vorzieht.

Philippinen.

Nach einer Reuter-Meldung haben die Gesammtverluste der Amerikaner seit dem 4. d. M. betragen: 3 Offiziere und 56 Mann todt, 8 Offiziere und 199 Mann verwundet. — General Otis berichtet nach Washington, er habe General Miller angewiesen, die Forderung zu stellen, daß Stadt und Forts von Ilo-Ilo bis Freitag Vormittag 9 Uhr zu räumen seien, und das Bombardement zu beginnen, falls die Forderung abgelehnt würde. Wie die Londoner „Morning Post" aus Washington berichtet, hat General Miller gemeldet, daß einige Führer der Filipinos bei Ilo-Ilo ins Innere geflohen sind. Die Streitkräfte der Filipinos bei Ilo-Ilo seien vollständig desorganisirt.

Provinzielles.

Gollub, 10. Februar. Herr Maurermeister Hinz hat wegen seines Umzuges nach Thorn sein Amt als Mitglied des hiesigen Magistrats-Kollegiums und der Schuldeputation und als Vorsitzender der hiesigen Ortskrankenkasse niedergelegt. — Mit dem Bau der neuen Stadtschule, welcher Herrn Maurermeister Hinz — jetzt in Thorn — in General-Entreprise übertragen ist, wird schon begonnen; der Bau soll schon zum Oktober d. Js. bezogen werden.

Culm, 9. Februar. In dem landwirthschaftlichen Kreisverein Culm referirte Herr v. Loga-Wichorsee über den vom Magistrat Thorn gestellten Antrag betreffend den in Thorn geplanten Luxus-Pferdemarkt, der Verein beschloß dahin, daß die Stadt Briesen als Marktort vorzuziehen sei.

Schwetz, 9. Februar. Der Stadthaushaltsetat für das Jahr 1899/1900 ist auf 123 156 M. in Einnahme und Ausgabe festgestellt worden. Durch Kommunalabgaben sind einschließlich Kreissteuern 90 880 M. und zwar durch 280 pCt. der Einkommensteuer, 210 pCt. der Grund- und Gebäudesteuer, 210 pCt. der Gewerbesteuer der 4., 225 pCt. der 3., 250 pCt. der 2. und 400 pCt. der 1. Klasse aufzubringen. Für die Volksbadeanstalt sind 120 M. ausgeworfen.

Schlochau, 9. Februar. Der Gesammtvorstand des hiesigen Kriegervereins ist von der Leitung des Vereins zurückgetreten, so daß dieser, da der neugewählte, z. Z. verreiste Vorsitzende, Herr Oberleutnant Nehring, noch keine Erklärung bezüglich der Annahme seiner Wahl abgegeben hat, führerlos dasteht. Lebhaftes Mißfallen erregt es unter den Kriegern, daß mehrere Offiziere des Vereins, wie jetzt bekannt wird, vor der Generalversammlung sich ihr Wort gegeben haben, eine eventl auf sie fallende Wahl zu Gunsten des früheren Vorsitzenden abzulehnen.

Pr. Stargard, 9. Februar. In Hagenort war bei einem Brunnenbau der Arbeiter Gromowski mit dem Ausheben des Bodens beschäftigt. Er arbeitete etwa 3 Meter tief, als das Brunnenloch plötzlich von oben einstürzte und den Kromowski etwa $\frac{1}{2}$ Meter hoch bedeckte. Obwohl sofort Hilfe geleistet wurde, konnte man den Verunglückten doch nur als Leiche herausbefördern.

Danzig, 10. Februar. Der hier neugegründete Verein der freisinnigen Volkspartei hielt gestern seine erste öffentliche Versammlung ab, zu welcher sich etwa 150 Herren eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Keruth, führte u. a. aus, die freisinnige Volkspartei habe sich in Danzig keineswegs organisirt, um gegen die andern Liberalen zu kämpfen; der Kampf gelte nur der Reaktion und der Sozialdemokratie. Dagegen wolle man den andern Liberalen ein treuer Bundesgenosse sein, sie unterstützen und stärken, dabei das Gleiche von ihnen fordernd. Darauf schilderte Herr Reichstagsabgeordneter Rektor Kopsch-Berlin die Stellungnahme der freisinnigen Volkspartei zu allen wichtigen politischen Tagesfragen.

Marienburg, 10. Februar. Der Maler G. hierselbst gerieth am vorgestrigen Tage mit seinem Sohne in Streit, in dessen Verlauf der Sohn dem Vater mit einem eisernen Topfe mehrere Schläge über den Kopf versetzte und schließlich seinem Vater den Mittelfinger der linken Hand fast abbiß. Der entartete Sohn wird sich deswegen vor Gericht zu verantworten haben.

Schneidemühl, 9. Februar. Die Aufnahme einer neuen großen Anleihe wird von den städtischen Körperschaften geplant. Die Schaffung besserer Verkehrswege, die Deckung der Kosten des Brunnenunglücks mit 35 154,18 M., der Krankenhausbau für 130 000 Mark, der Zentral-Schulhausbau für 270 000 M. und andere Pläne erfordern eine Anleihe von etwa anderthalb Millionen.

Posen, 10. Februar. Der Druckereibesitzer Fr. Chocieszynski, Verleger des „Wielkopolanin" hierselbst, ist heute Nachmittag 3 Uhr hinter dem Dom, auf dem Eise an der Cybina todt aufgefunden und ins Lazareth gebracht worden. Der Leib ist mit neun Stichwunden bedeckt, von denen einer zur Folge hatte, daß die Milz herausgetreten ist. Auch an dem Handgelenk befindet sich eine Wunde. Ein Raubmord ist ausgeschlossen, da sich bei der Leiche sämmtliche Werthsachen vorgefunden haben, ebensowenig scheint Selbstmord vorzuliegen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Posen, 10. Februar. Das Schöffengericht verurtheilte heute den Wirthschaftsbeamten Anton Schindler, welcher seinen Namen in „Szyndler" polonisirt hat, zu 150 Mk. Geldstrafe oder vier Wochen Haft.

Lokales.

Thorn, den 11. Februar.

— **Kreistag** vom 10. Februar Mittags 12 Uhr. Der Vorsitzende, Landrath von Schwerin, eröffnet die Versammlung und stellt derselben den ihm zu Hilfeleistung überwiesenen Regierungsassessor Dr. Schröpffer vor. Der Vorsitzende ersucht dann, ihm von der Niederlegung eines Mandats als Kreistagsabgeordneter stets so bald als möglich direkte Mittheilung zu machen. Es erfolgt dann die Einführung des an Stelle des Herrn Stadtrath Rudies gewählten Herrn Rechtsanwalt Schlee. Der Vorsitzende erstattet dann den Bericht über die Verwaltung und den Stand der Kreiskommunalangelegenheiten. Danach haben sich die Geschäfte in den normalen Geleisen bewegt. Bei Personalien ist außer der Ersetzung des Herrn Rudies durch Herrn Schlee und der Einführung des Herrn Dr. Schröpffer noch die Pensionirung des bisherigen Rendanten Neuber und dessen Ersetzung durch den Rendanten Moldenhauer zu erwähnen. Der Kreistag hat bisher neun Sitzungen abgehalten, in denen 55 Sachen erledigt wurden. Die Provinzialabgaben sind gestiegen und betragen 25 pCt. der Kreisabgaben. Der Antrag auf Erbauung einer Nebenbahn Thorn-Leibitsch ist von dem Ministerium leider abgelehnt worden. Dagegen wird hoffentlich die Vorlage wegen des Baues der Kleinbahn Thorn-Scharnau in der nächsten Sitzung vorgebracht werden können und ebenso die Vorlage betreffend die Kleinbahn Culmsee-Melno, bei der trotz der Länge von nur 44 Kilometer die Schwierigkeiten deshalb besonders große sind, weil vier Kreise daran partizipieren. Chausseeneubauten sind im letzten Jahr nicht ausgeführt worden, dagegen hat sich der Etat durch Uebernahme der Strecke Lulkau-Lissomitz gegen eine Entschädigung von 10 000 Mark etwas erhöht. Durch die feuchte Witterung des letzten Jahres haben indes die Kreischausseen sehr gelitten, so daß größere Aufwendungen zu deren Instandsetzungen erforderlich sind. Auf eine Anfrage entgegnet der Vorsitzende, daß er über die Bahn Unislaw-Thorn deshalb nicht berichtet habe, weil dieserhalb nicht offiziell an den Kreis herangetreten worden sei. Er halte aber in Uebereinstimmung mit der Handelskammer den Bahnbau für dringend nöthig, da die Bahn Culm-Unislaw nur durch diese Verlängerung sich rentieren würde. Die Kreissparkasse befindet sich in günstiger Entwickelung; mit der Stadt Culmsee hofft man demnächst ein beide Theile befriedigendes Uebereinkommen zu treffen. Innerhalb des Kreises sind einige kleine Veränderungen vorgekommen, von denen die Vereinigung der Gemeinden Alt- und Neu-Skompe unter dem Namen Hermannsdorf die wichtigste ist. Das Siechenheim in Culmsee ist im Laufe des Jahres eingeweiht worden und wird dem Interesse der Kreistagsmitglieder empfohlen. Es sind ferner Schornsteinkehrbezirke eingerichtet worden. Diese Einrichtung hat sich zwar noch nicht völlig eingebürgert; wenn man aber bedenke, daß etwa $\frac{9}{10}$ aller Brände im Schornstein entstehen, so werde man zugeben müssen, daß das Kehrwesen bisher sehr viel zu wünschen gelassen habe. Die Untersuchungen der Schulkinder auf Granulose sind im Kreise fortgesetzt worden. Sämtliche Kinder und so weit möglich auch deren Angehörige sind nun untersucht, und es stehe zu hoffen, daß bei aufmerksamer Beobachtung der Krankheit dieselbe im Laufe der Jahre erlöschen werde. — Die Rechnung der Kreis-Kommunalkasse und der Krankenkasse für 1897/98 und die Rechnung der Kreissparkasse für 1897 werden entlastet. — Es folgt die Berathung über den Antrag der Stadt Thorn um Genehmigung zum **Ausscheiden aus dem Kreisverbande.** Nach dem Auseinandersetzungsentwurf, über den wir schon vor einigen Wochen berichtet haben, ist die Uebernahme der 6 städtischen Chausseen mit einer Gesammtlänge von 28 781 Kilom. auf den Landkreis, da keine Einigung zu erzielen war, vorläufig ausgesondert worden und soll etwaigen späteren Verhandlungen überlassen bleiben. Der Theilung ist der dreijährige Durchschnitt des kreisabgabenpflichtigen Steuersolls der drei letzten Rechnungsjahre zu Grunde gelegt, wonach sich die Verhältnißzahlen 49/100 für die Stadt Thorn und 51/100 für den Restkreis Thorn ergeben. Die Verzinsung und Tilgung der insgesammt 1 077 065 M. betragenden Kreisschulden erfolgt demnach gemeinschaftlich nach dem Verhältnißsatze von 49 zu 51. Die Chausseeunterhaltungskosten mit Ausnahme derjenigen Strecken, zu denen die Stadt bisher nichts beigetragen, betrugen im Durchschnitt der letzten 3 Jahre 71 704,56 Mk., so daß in Zukunft nach dem obigen Verhältnißsatze die Stadt 35 135,23 Mk., der Restkreis 36 569,33 Mk. dafür zu zahlen hat. Der Antheil der Stadt Thorn kann auch mit $3\frac{1}{2}$ pCt. kapitalisirt und mit 1 003 864 M. an den Restkreis gezahlt werden. Die sonstigen Kreislasten betragen im Durchschnitt der letzten 3 Jahre 26 175,70 Mk., so daß in Zukunft auf die Stadt 12 826,09 Mk., auf den Restkreis 13 349,61 Mk. entfallen. Der Stadtantheil kann auch hier bei $3\frac{1}{2}$ prozentiger Kapitalisirung mit 366 460 Mk. als Kapital an den Restkreis gezahlt werden. Die Verwaltungskosten betragen durchschnittlich 13 730,16 Mk., so daß die Stadt davon 6727,78 Mk., der Restkreis 7002,38 Mk. zu tragen hat. Der Stadtantheil ist so lange zu tragen, bis die Stadt 25 000 Einwohner zählt. Die übrigen Schulden, Lasten und Vermögensobjekte des Kreises werden ebenfalls nach dem Verhältniß von 49 zu 51 getheilt. Ein für den Restkreis aufgestellter Probevoranschlag schließt in Einnahme und Ausgabe mit 338 500 Mk. ab, wovon rund 199 500 Mk. als Kreisabgaben einschließlich der 48 000 Mk. betragenden Provinzialabgaben aufzubringen sind. Nach Abzug der außer Betracht gebliebenen Provinzialabgaben beträgt dann die Umlage 151 500 Mark, die Umlage für 1897/98 betrug 123 000 Mark (wozu 90 000 Mark Beitrag der Stadt kommen), so daß 28 500 Mk. mehr erforderlich sein werden infolge Fortfalls der Einnahmen aus Chaussee und Brückengelderhebung und Mehrausgaben für Gehälter, Provinzialanstalten und Chausseeunterhaltung. Die von den Kreiseingesessenen aufzubringenden Abgaben werden dementsprechend um etwa 10% steigen. Hierzu hatte der Kreisausschuß noch beschlossen „der Stadt Thorn für den Fall der Genehmigung des Ausscheidens zur Pflicht zu machen, die Erhebung des Chausseegeldes auf den städtischen Chausseeen mit dem Zeitpunkte fallen zu lassen, mit welchem die Erhebung auf den Kreischausseeen aufhört". — Wie der Herr Landrath zu der Vorlage bemerkte, ist die Angelegenheit nach allen Richtungen hin sorgfältig geprüft worden, wobei zwischen den Vertretern der Stadt und des Restkreises stets die größte Einigkeit und das Bestreben geherrscht habe, nicht möglichst viel für sich herauszuschlagen, sondern eine gerechte Vertheilung zu erzielen. Er empfehle die Vorlage zur Annahme. Oberbürgermeister Dr. Kohli stellt den Antrag, den vom Kreisausschuß neu hinzugefügten Passus betr. Chausseegeldaufhebung wieder zu streichen. Bis dahin sei man völlig einig gewesen, dieser Zusatz sei aber für die Stadt unannehmbar, so daß die Stadt ev. warten werde, bis sie 25 000 Einwohner zähle und dann ohne weiteres aus dem Kreise scheiden könne. Herr Kaufmann Kittler befürwortet diesen Antrag. Die Chausseegelder seien zwar eine besonders durch die Art ihrer Erhebung lästige Steuer, für die Stadt Thorn seien sie aber die einzige Abgabe, die von größeren industriellen Etablissements, deren Besitzer in anderen Städten wohnen, für die Benutzung der städtischen Chausseen erhoben werden könnten. So zahle die Leibitscher Mühle allein 1800 Mk. jährlich; ähnlich seien die Verhältnisse bei den Grembotschiner Ziegeleien, deren Besitzer sonst keinen Pfennig zu den Kommunallasten beitragen. Die Annahme des Ausschußantrages wäre eine Härte, die Verbitterung erzeugen würde. Die neuere Gesetzgebung gehe ja auch im Allgemeinen dahin, die aus besonderen Einrichtungen entstehenden Lasten auf deren Nutznießer zu legen. Drückender sei die Erhebung des Brückengeldes auf der Weichselbrücke; wenn die einmal fortfiele, könnte man vielleicht auch an die Aufhebung des Chausseegeldes denken. Nachdem dann noch Herr Landrath v. Schwerin bemerkt hatte, daß der Kreisausschuß auf die Aufrechterhaltung des Passus keinen entscheidenden Werth mehr lege, wird derselbe einstimmig gestrichen und die Vorlage in namentlicher Abstimmung von sämmtlichen Kreistagsmitgliedern angenommen, nur die beiden Vertreter von Mocker enthielten sich der Stimme. — Der **Haushaltsanschlag** des Kreises für 1899/1900 wird dann in Einnahme und Ausgabe auf 438 204,23 M. (403 985,62 M. i. V.) festgestellt. Die Einnahmen aus der Chausseenverwaltung betragen 18 975,21 M. (19 925,21 M. i. V.), aus Kreisabgaben 361 005,87 M. (325 753,60 M. i. V.). Die Ausgaben betragen bei der Provinzial-Verwaltung 99 800 M. 99 200 M. i. V.), für Chausseeneubaukosten 15 000 M. (15 000 M.), für die Unterhaltung der Kreischausseen 131 117,44 M. (102 917,44 M.). Nach einigen kurzen Erläuterungen wird der Haushaltsplan genehmigt. — An den Wegeverband **Lissomitz-Papau** wurde zu den auf 46 400 M. veranschlagten Kosten der Pflasterung der Straße von Dorf nach Bahnhof Papau eine einmalige Beihilfe von 25 000 M. aus dem nichtetatirten Chausseebauprämienbetrage bewilligt. — Zu dem vorliegenden Antrage des Kreisausschusses, zur **Beschaffung anderweiter Geschäftsräume** für die Kreisverwaltung einen Betrag bis zu 200 000 M. zu bewilligen und neben dem Kreisausschuß eine Kommission zur Erörterung dieser Frage zu wählen, liegt ein Antrag v. Kries vor, zunächst nur eine Kommission zu wählen, welche dem Kreistag später Vorschläge unterbreiten soll. Dieser Antrag wird angenommen und in die Kommission die Herren Born-Mocker, Czarnecki-Nawra, Fischer-Lindenhof, Günther-Rudak, Kriwes-Thorn und Welde-Culmsee gewählt. — Schließlich folgten noch einige Wahlen.

— **Personalien.** Der Regierungsbaumeister Kuhnke in Berlin ist der Eisenbahndirektion Danzig überwiesen. Ernannt: Die Packmeister Schendel in Dirschau und Uecker in Konitz zu Zugführern. Versetzt: Stations-Vorsteher 2 Klasse Scholz von Tilsit nach Marienburg zur Verwaltung des dortigen Bahnhofes. —

— **Militärische Personalien.** Kindler, Rechnungsrath, Garn. Verwalt. Direktor in Thorn, auf seinen Antrag zum 1. Mai 1899 in den Ruhestand versetzt. Rübsamen, Garn. Verwalt. Oberinsp. in Schwerin, als Direktor auf Probe nach Thorn versetzt. Kleen, Kaserneninsp. in Thorn, nach Rendsburg versetzt. Diesing, Kaserneninsp. auf Probe in Thorn, zum Kaserneninsp. ernannt.

— Der **Westpreußische Provinzialausschuß** hat einstimmig beschlossen, zur Entlastung des Chausseebau-Prämienfonds den Dispositionsfonds des Provinzialausschusses zur Förderung des Gemeindewegebaues von 10 000 Mk. auf 50 000 Mk. zu erhöhen. Durch diese Veränderung wurde es nothwendig, 19 Prozent des direkten Staatssteuersolls an Provinzial-Abgaben in den Haupt-Voranschlag einzustellen.

— Die **theologischen Prüfungen bei dem Westpreußischen Konsistorium** beginnen am 11. März unter dem Vorsitz des Herrn Generalsuperintendenten D. Döblin. Es haben sich zur ersten und zweiten Prüfung je 10 Kandidaten gemeldet.

— **Der neue Sommerrock für die Postunterbeamten** wird nach der „Deutsch. Verkehrsztg." aus leichtem dunkelblauen Wollstoff in Litewkenform hergestellt. Der Umlegekragen aus demselben Stoffe ist vorn auf beiden Seiten mit einem 60 Millimeter langen und 30 Millimeter breiten Spiegel aus orangefarbenem Tuch besetzt. Für die angestellten Unterbeamten wird in der Mitte des Spiegels eine 9 Milimeter breite Goldtresse angebracht. Die Unterbeamten, welchen zu ihrer Amtsbezeichnung das Prädikat „Ober" beigelegt worden ist, tragen außerdem auf beiden Seiten einen goldenen Stern nach Art der Sterne an den Kragen der Beamten. Zum Schließen des Rockes dienen fünf polirte Knöpfe aus gelbem Metall mit aufgeprägtem kaiserlichen Adler. Der Rock wird zugeknöpft, dazu eine schwarze Halsbinde getragen.

— Der Landrath des Kreises Marienwerder Dr. Brückner erläßt folgende **Bekanntmachung:** Der Herr Oberpräsident hat mich beauftragt, von Kundgebungen, Handschreiben, Telegrammen und dergleichen, welche Ihre Majestät die Kaiserin Augusta an Städte, Korporationen, Anstalten etc. gerichtet hat, Abschriften einzureichen. Ich ersuche deshalb alle diejenigen, in deren Besitz sich derartige Kundgebungen befinden, mir dieselben bis zum 25. d. Mts. auf kurze Zeit zur Abschriftnahme überlassen zu wollen."

— **Auf die neuen Anleihen** sind bei der hiesigen Reichsbankstelle im Ganzen 162 050 Mk. gezeichnet worden und zwar 92 550 Mk. 3prozentige Reichsanleihe und 69 500 Mk. 3prozentige preußische Konsols.

— **Turnverein.** Morgen Sonntag Abend 8 Uhr hält der Turnverein im Viktoria-Saale sein diesjähriges Wintervergnügen ab, bestehend aus turnerischen Vorführungen auf der Bühne und Tanz. Die Musik stellt die Kapelle des Artillerie-Regmt. No. 11. Zutritt haben nur Turner und die eingeladenen Gäste. Es wird ersucht, die Einladung als Ausweis mitzubringen.

— Morgen Abend giebt die Kapelle des 61. Inf.-Regts. unter Leitung des Stabshoboisten Stork ein großes **Fastnachts-Konzert** im Artushof. Der Inhalt des Programms soll der jetzigen Karnevalszeit Rechnung tragen und ist vorzugsweise aus Piecen heiteren Inhalts zusammengestellt. Zur Erhöhung der Fastnachtsstimmung erhält jeder Konzertbesucher an der Kasse eine Bockkappe gratis.

— Im **Schützenhaus** giebt Sonntag Abend die Kapelle des 21. Inf.-Rgts. unter Leitung ihres Stabshoboisten Herrn Böhme ein Konzert.

— Der **Fährdampfer** hat heute seine Fahrten wieder aufgenommen.

— Die **Karlstraße** wird von Dienstag ab wegen Pflasterarbeiten zwischen der Jakobstraße und dem Finsteren Thor auf etwa 8 Tage für Wagen und Reiter gesperrt.

— **Schwurgericht.** Die Beweisaufnahme in der Strafsache gegen Itzig dehnte sich, wie vorauszusehen war, bis zum gestrigen Abend aus. Die Plaidoyers währten mehrere Stunden, sodaß die Sache erst gegen Mitternacht zum Spruch kam. Die Staatsanwaltschaft hielt die Schuld der Angeklagten Louis und Simon Itzig durch die Beweisaufnahme für nachgewiesen und sie beantragte bei den Geschworenen, die Schuldfragen in Bezug auf diese beiden Angeklagten zu bejahen. Hinsichtlich der Angeklagten Schlosinski stellte sie den Antrag, die Schuldfrage zu verneinen. Die Vertheidiger plaidirten sämmtlich auf Freisprechung. Die Geschworenen vermochten aus der Beweisaufnahme nicht genügenden Anhalt für die Schuld der Angeklagten zu schöpfen. Auf ihren verneinenden

Spruch wurden die sämmtlichen Angeklagten freigesprochen. — Heute gelangte die Strafsache gegen den Arbeiter Albert Haase aus Baiersee wegen Sittlichkeitsverbrechens und Körperverletzung zur Verhandlung. Als Vertheidiger trat Herr Rechtsanwalt Aronsohn auf. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Angeklagter wurde zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, auf welche Strafe drei Monate als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt angerechnet wurden. — Damit schloß die diesmalige Sitzungsperiode.

— Strafkammer vom 10. Februar. Wegen Steuervergehens war der Agent Hieronymus Kaminski aus Culm und dessen Sohn, der Kaufmann Theodor Kaminski daher angeklagt. Hieronymus Kaminski hat in der Steuererklärung für 1898/99 sein Einkommen aus Agenturen auf 1500 M. angegeben. Thatsächlich soll dasselbe mehr als 5000 M. betragen haben und ist auch behördlicherseits auf 5000 M. angenommen worden. Hieronymus Kamiski führte zu seiner Entlastung an, daß er für seinen Sohn größere Aufwendungen gemacht und diese Summen bei der Einschätzung in Abzug gebracht habe, wozu er sich für berechtigt hielt. Theodor Kamiski, welcher sich der Beihilfe zu der strafbaren Handlung schuldig gemacht haben sollte, bestritt, sich an der Abgabe der Steuererklärung betheiligt zu haben. Ihm konnte eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden, weshalb seine Freisprechung erfolgte. Dagegen wurde sein Vater der Steuerhinterziehung in Höhe von 58 M. für überführt erachtet und zu einer Geldstrafe von 264 M. eventl. zu vier Wochen Haft verurtheilt. — Der bereits mehrmals wegen Diebstahls vorbestrafte Arbeiter Stanislaus Mayczak aus Blotto stand im Oktober vorigen Jahres bei dem Amtsvorsteher Polsfuß in Rogowo in Diensten. Eines Tages wußte er sich in dessen verschlossene Wohnung Eingang zu verschaffen, und eignete sich einen vollständigen Anzug nebst Stiefeln und Hut an, stahl aus einem verschlossenen Kasten 70 Mark, versah sich auch noch mit einer Wurst und ging davon. Bald wurde er aber verhaftet und heute zu zwei Jahr sechs Monaten Zuchthaus verurtheilt, in welche Strafe eine 6monatliche Gefängnißstrafe eingerechnet ist, welche unlängst über ihn verhängt worden. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren abgesprochen und Polizeiaufsicht für zuläßig erklärt. — Die dritte Sache richtete sich gegen die Maurergesellen Theophil Lewandowski und Anton Lewandowski aus Mocker, z. Zt. in Haft. Die beiden Angeklagten kamen am Abend des 7. November 1898 mit der Bahn von Culmsee. Auf der Fahrt machten sie die Bekanntschaft des Arbeiters Thomas Kukulski aus Culmsee, der nach Thorn wollte. Auf Zureden der Angeklagten stieg Kukulski, der stark angetrunken war, mit ihnen zusammen bereits in Mocker ab und hier suchten sie dann noch gemeinschaftlich eine Kneipe auf. Als Kukulski späterhin wieder zur Bahn zurückwollte, begleiteten die Angeklagten ihn dorthin und benutzten diese Gelegenheit, um ihm das Portemonnaie mit 3 Mark Inhalt und die Stiefel wegzunehmen. Der Gerichtshof verurtheilte den Erstangeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten, den Zweitangeklagten zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß. — Die Strafsache gegen den Buhnengehilfen Johann Wieczorkowski aus Grenz wegen gefährlicher Körperverletzung wurde vertagt, weil Wieczorkowski zunächst auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll.

— Temperatur um 8 Uhr Morgens: 5 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 7 Strich.

— Wasserstand der Weichsel 0,22 Meter.

h Mocker, 11. Februar. Die Königl. Regierung hält die Anstellung von mindestens drei neuen Lehrkräften — je eine bei den beiden Mädchenschulen und bei der katholischen Knabenschule hier — zum 1. April cr. für dringend erforderlich und hat zu den Lehrerbesoldungen eine weitere Staatsbeihilfe bis zu 900 M. in Aussicht gestellt. Zur Verhandlung hierüber hat der Herr Landrath v. Schwerin einen Termin zum 15. d. Mts. anberaumt.

Podgorz, 10. Februar. Demnächst wird hier eine Diakonissenstation errichtet werden. Eine Kindergärtnerin wird die kleinen Kinder in einem zu errichtenden Kindergarten um sich sammeln. Außerdem kommt eine barmherzige Schwester hierher, die sich um die Armen und Kranken im hiesigen Amtsbezirk kümmern wird. — In der gestrigen Generalversammlung des Wohlthätigkeitsvereins wurde an Stelle des Herrn Grychnski, der sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat, Herr Sattlermeister Schlösser und an Stelle des Herrn Rentier Sodtke, der sein Amt als Kassirer niedergelegt hat, Herr Fleischermeister Haß gewählt.

Culmsee, 9. Februar. Infolge Einsturzes einer Giebelwand des Hauses der Wittwe Preuß in der Schuhmacherstraße wurde heute Abend die Ehefrau und ein zwei Jahre altes Mädchen des in dem Hause wohnenden Arbeiters Wieczorkowski unter den Trümmern begraben. Mit großer Mühe gelang es, die beiden Personen hervorzuziehen. Die Frau ist schwer verletzt, während das Kind mit einigen Abschürfungen davon kam.

Kleine Chronik.

* Das Grab des Grafen Caprivi wurde in der Nacht zum Freitag von Dieben geschändet. Wie aus Skyren gemeldet wird, wurden die goldenen Quasten von den vom Kaiser und vom König von Sachsen gespendeten Kränzen gestohlen.

* Wegen schwerer Mißhandlung eines jungen Mädchens mit der blanken Waffe ist vom Militärgericht der Sergeant Köhnke von den Wandsbecker Husaren zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation verurtheilt worden.

* Ehedrama. In der Nacht zum Freitag sprang in Köln die Frau eines Offiziers von der Schiffsbrücke in den Rhein, worauf sich ihr Ehemann, ein Offizier vom Deutzer Pionierbataillon, gleichfalls in selbstmörderischer Absicht über das Geländer hinweg in den Strom stürzte. Der Offizier ertrank, während die Rettung der Dame gelang. Es handelt sich nach dem „Berl. Lok.-Anz." um den Hauptmann Hammerstein, der mit seiner Frau von einer Kölner Festlichkeit heimkehrte. Als die Frau gerettet war, versuchte sie mit Gewalt sich den Händen der Brückenbeamten zu entringen und erneut einen Selbstmordversuch zu vollführen. Die Beamten verhinderten dieses und schafften die Frau ins Hospital, woselbst sie jede Auskunft über den Vorfall verweigert. Man glaubt, daß Eifersucht die Veranlassung gegeben habe.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Februar. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß die Beanstandung der Wahl Stöckers.

Petersburg, 10. Februar. Die „Russische Telegraphenagentur" meldet aus Krasnojarsk: Der Goldminenbesitzer Monastyrschin erhielt hier einen Brief des Inhalts, Tungusen hätten am 15. Januar dem Polizeichef mitgetheilt, daß sie am 7. Januar zwischen Komo (?) und Pit, im Jenissei-Bezirk, eine Art Hütte aus Stoff und Tauwerk in der Art eines Ballons gefunden hätten. Nicht weit davon hätten drei menschliche Leichname, einer mit gebrochenem Schädel, ringsherum zahlreiche, ihnen unbekannte Instrumente gelegen. Der Polizeichef ist, wie der Brief weiter besagt, sofort abgereist, um die Sache zu untersuchen. Man vermuthet, daß es sich um den Andree'schen Ballon handelt.

Paris, 11. Februar. (Tel.) Der gestrigen Kammersitzung sah man allgemein mit großer Spannung entgegen und erwartete für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage große Straßentumulte, infolge der die Revisionsgegner befriedigenden Erledigung der Angelegenheit kam es indes zu keinen Ruhestörungen. Vor dem Palais Bourbon hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, in der die Revisionsgegner überwogen. Minister Dupuy zeigte sich bei der Verhandlung von seiner besten Seite und machte besonderen Eindruck durch den Hinweis darauf, daß das Ministerium die Portefeuilles riskirt habe, um die Ruhe im Lande wieder herzustellen. Nach Dupuys Rede verließen gegen 300 Abgeordnete den Saal, so daß der Oppositionsredner Pelletan vor halbleerem Hause sprechen mußte.

Washington, 10. Februar. Mac Kinley unterzeichnete heute den Friedensvertrag mit Spanien.

Verantwortl. Redakteur: Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 11. Februar. Fonds: still.

	11. Febr.	10. Febr.
Russische Banknoten	216,40	216,35
Warschau 8 Tage	2 6,10	216,00
Oesterr. Banknoten	169,55	169,60
Preuß. Konsols 3 pCt	93,20	93,10
Preuß. Konsols 3½ pCt	101,50	101,50
Preuß. Konsols 3½ pCt. abg.	101,40	101,50
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	93,20	93,10
Deutsche Reichsanl. 3½ pCt.	101,80	101,80
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II	90,70	90,70
do. „ 3½ pCt. do.	99,25	99,40
Posener Pfandbriefe 3½ pCt.	99,20	99,20
„ „ 4 pCt.	fehlt	fehlt
Poln. Pfandbriefe 4½ pCt.	100,75	100,75
Türk. Anl. C.	28,50	28,50
Italien. Rente 4 pCt	95,60	95,20
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	91,90	91,80
Diskonto-Komm.-Anth. excl	203,30	203,20
Harpener Bergw.-Akt.	180,10	181,10
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127,00	127,10
Thorn. Stadt-Anleihe 3½ pCt	fehlt	fehlt
Weizen: Loco New-York Okt.	83¾	84½
Spiritus: Loko m. 50 M. St.	fehlt	fehlt
„ „ „ 70 M. St.	39,30	39,60

Spiritus-Depesche

v. Portatius u. Grothe Königsberg, 11. Februar.

Unverändert.

Loco cont. 70er	39,80 Bf.,	39,00 Gd	—.—	bez
Febr.	39,80 „	38,50 „	—.—	„
März	41,50 „	38,50 „	—.—	

Bekanntmachung.

Die Stelle des hiesigen **Stadtbauraths** wird in nächster Zeit frei werden. Bewerber, welche die Prüfung als Königl. Regierungsbaumeister (für Hoch- oder Tiefbau) bestanden haben und bereits mehrere Jahre im Staats- bezw. Kommunaldienst oder auch in Privatstellung praktisch beschäftigt waren, wollen sich unter Einreichung eines kurzen Lebenslaufes und ihrer Qualifikationsausweise bis spätestens

12. März d. Js.

bei dem unterzeichneten Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung melden.

Das Gehalt der Stelle ist vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses auf 5200 Mk. mit Steigerungen von 300 Mk. in 3 Mal 3 Jahren bis 6100 Mk. sowie eine feste Nebeneinnahme an Taxgebühren von 300 Mk. pro Jahr festgesetzt.

Die sonstigen Anstellungs-Bedingungen werden auf Ersuchen an das Bureau der Stadtverordneten-Versammlung (Herrn Stadtsekretär Schaeche) postfrei übersandt werden.

Thorn, den 10. Februar 1899.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.
Boethke, Professor.

Warnung.

Seit Einführung der electrischen Straßenbahn haben mehrfach Bestrafungen erfolgen müssen, weil Schüler, Lehrlinge, Arbeitsburschen pp. an der hinteren Perron-Brüstung von außen an den fahrenden Straßenbahnwagen sich festgehalten haben und auf kurze Strecken mitlaufen.

Da hierdurch schwere Unglücksfälle herbeigeführt werden können, so ersuchen wir die Eltern, Lehrer, Lehrmeister und Arbeitgeber, ihre jugendlichen Pflegebefohlenen pp. auf das Gefährliche und Strafbare einer derartigen Handlungsweise aufmerksam zu machen.

Thorn, den 7. Februar 1899.

Die Polizei-Verwaltung.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Die **Karlstraße,** zwischen Jacobsstraße und dem Finstern Thor wird wegen Ausführung von Pflasterarbeiten vom 14. d. Mts. ab auf etwa 8 Tage **für den Wagen- und Reiterverkehr gesperrt.**

Thorn, den 11. Februar 1899.

Die Polizei-Verwaltung.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Die Fahrten der **Weichsel-Dampferfähre** hierselbst werden von heute ab bis auf Weiteres wieder **von Morgens 6 bis Abends 8 Uhr** stattfinden.

Thorn, den 11. Februar 1899.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die noch im Umlauf befindlichen **Gutscheine** werden nur noch bis zum **15. Februar a. cr.** werktäglich

Vormittags von 8—12 Uhr,
Nachmittags von 3—6 Uhr

im Betriebsbureau gegen Abonnementsmarken — für je 2 Gutscheine eine Marke — eingetauscht, was wir hiermit zur Kenntniß bringen.

Die Betriebsleitung der Thorner electrischen Straßenbahn.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 14. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr

werde ich vor der Pfandkammer des hiesigen Kgl. Landgerichts

1 Bierapparat, 1 Tombank, 1 elektrische Tischlampe, 2 Sophas, 8 Rohrstühle u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen baare Bezahlung versteigern.

Hehse, Gerichtsvollzieher.

Generalversammlung

Montag, den **20.** Februar,
Abends 8 Uhr bei **Nicolai.**

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung für das 4. Quartal 1898.
2. Rechnungslegung für das Jahr 1898.
3. Beschlußfassung über die Gewinn-Vertheilung.
4. Wahl von drei Rechnungsrevisoren.
5. Wahl eines Vorstands-Mitgliedes.
6. Wahl von drei Aufsichtsraths-Mitgliedern.

Die Bilanz liegt im Geschäftslokal zur Einsicht aus.

Vorschuss-Verein zu Thorn
e. G. m. u. H.
Kittler. Herm. F. Schwartz.
Gustav Fehlauer.

Zur Einsegnung

empfiehlt

schwarze und weiße Stoffe

in großer Auswahl.

Gustav Elias.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 12. Februar 1899:

Grosses Streich-Concert

von der
Kapelle des Infanterie-Regiments von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61
unter Leitung des Stabshoboisten **Stork.**

Anfang 4 Uhr. **Eintritt 25 Pfg.**

Gut gewähltes Programm.

Artushof.

Sonntag, den 12. Februar 1899:

Grosses Fastnachts-Concert

von der Kapelle des Inf.-Regts. v. d. Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61 unter Direktion des Stabshoboisten **Stork.**

An der Kasse unentgeltliche Vertheilung von Bockkappen.

Das Concert besteht hauptsächlich in der Aufführung heiterer Musikstücke.

Anfang 7 Uhr 58 Minuten Abends.

Billets à 50 Pf. sind an der Abendkasse zu haben. Logen à 5 Mark bitte vorher im Restaurant Artushof zu bestellen.

„Deutscher Kaiser."

Montag, den 13. d. Mts., Abends:

Wurstessen.

Schmidt,
Grabenstraße 10.

Kaufmännischer Verein.

Dienstag, den 14. Februar cr.,
Abends präcise 8½ Uhr:

II. Wintervergnügen

im Artushof.

Der Vorstand.

Schützenhaus.

Sonntag, den 12. Februar 1899:

Grosses Streich-Concert

von der Kapelle des Inf.-Regts. von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21 unter Leitung ihres Stabshoboisten Herrn **Böhme.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Gut gewähltes Programm.

Restaurant „Reichskrone",

Katharinenstrasse 7.

Heute Sonntag, den 12. d. Mts.
im neuerbauten Saale:

Großes

Eröffnungs-Freiconcert,

wozu Gönner, Freunde und Bekannte hierdurch freundlichst eingeladen werden.

Kluge.

Volksgarten.

Dienstag, den 14. Februar cr.,
(Fastnacht):



Große

Masken-Redoute

unter Mitwirkung
sämmtl. Artisten des Circus Bauer.
Alles Nähere die Plakate.

Das Comité.

Vereinig. alter Burschenschafter

Montag, den 13. Februar cr.
8. c. t.
bei Schlesinger.

„Goldener Löwe", Mocker.

Dienstag, den 14. d. Mts.:

Großes Kappenfest

von 8 Uhr ab,
wozu ergebenst einladet

J. Kwiatkowski.

Mittwoch, 1. März, ARTUSHOF:

Concert

Frau Herms-Sandow, Eugen Sandow.

Numm. Billets à 3 Mk., Stehplätze à 1,50, Schülerkarten 1 Mk. bei

E. F. Schwartz.

Litteratur- u. Culturverein.

Sonntag, den 12. Februar
8¼ Uhr Abends

Vortrag

des Herrn Rabb. **Dr. Eppenstein - Briesen**
„Jüdische Minister in Spanien".

Gäste sind willkommen.

Turn- Verein.

Sonntag, 12. Februar, Abends 8 Uhr
im Viktoria-Saale:

Winter-Vergnügen.

Der Vorstand.

Handwerker-Verein.

Montag, den 13. Februar cr.:

II. Wintervergnügen.

Concert, Theater, Tanz,
präcise 8 Uhr
im Schützenhaus.

Der Vorstand.

Circus Bauer.

Etablissement Volksgarten.

Sonntag, den 12. d. Mts.:

Unwiderruflich
die beiden letzten großen

Abschieds-Vorstellungen.

Die Direktion.

Telegramm!!

Circus Bauer.

Montag. d. 13. Februar 1899:

Benefiz

für den Original-August von Sterndorf.
Das Verschenken einer Flasche mit Geld.
Alles Nähere durch Plakate.

Wiener Café-Mocker.

Jeden Sonntag
Nachmittags von 4 Uhr ab

Unterhaltungsmusik im **Saale**

mit nachfolgendem

Tanzkränzchen.

Entree 10 Pf.

Dienstag, den 14. d. Mts.:

Großer

Fastnachts-Ball,

verbunden mit

Kappenfest.

Anfang 8 Uhr. Entree 10 Pf.

Zur Fastenzeit

empfehle
feinste Brat- u. Delikatess-Heringe,
Rollmops
und täglich frische Räucherwaaren.

J. Stoller, Schillerstr.

Bockbierkappen

Dutzend 40 Pf.

Justus Wallis.

Für Gastwirthe.

Durch den bevorstehenden Umbau des Geschäftshauses gezwungen,

biete ich meiner werthen Kundschaft einen

nicht wiederkehrenden Einkaufsvortheil,

indem ich auf meine Lagervorräthe außer den **bekannt billigen,** theilweise **reduzirten Preisen** einen

Extra-Rabatt von Zehn Prozent

gewähre.

Als besonders preiswerth empfehle:

Wollwaaren.

Wollene Plüschtücher:

Früherer Preis:	Mk.	2.50,	3.50,	4.50,	5.—,	6.—,	7.—
Reduzirter Preis:	Mk.	1.75,	2.75,	3.50,	4.20,	5.—,	5.80

mit 10 % Extra-Rabatt

Wollene Capotten

für Damen und Kinder:

Früherer Preis:	Mk.	1.50,	2.—,	2.50,	3.—,	3.75,	4.50,	6.—
Reduzirter Preis:	Mk.	0.90,	1.40,	1.75,	2.25,	3.—,	3.75,	4.80

mit 10 % Extra-Rabatt

Pelzwaaren.

Muffen:

Früherer Preis:	Mk.	1.25,	1.75,	2.50,	3.—,	3.75,	4.50,	5.50,	7.—
Reduzirter Preis:	Mk.	0.85,	1.40,	2.—,	2.40,	3.—,	3.75,	4.50,	5.75

mit 10 % Extra-Rabatt

Schürzen.

Ein grosser Posten Kinder- u. Damen-Schürzen:

Frühere Preise:	60 Pfg. — 1 Mk., 1.20 — 2.— Mk.
Reduzirte Preise:	**20** und **40** Pfg., **60, 80** Pfg., **1** Mk.

mit **10** % Extra-Rabatt.

Tricotagen.

Damen-Unterjacken.

Früherer Preis:	80 Pfg., — 1.25 Mk.
Reduzirter Preis:	**40** Pfg., — **75** Pfg.

mit **10** % Extra-Rabatt.

Dick gefütterte Normalhemden u. -Hosen für Herren u. Damen:

Früherer Preis:	Mk. 2.25 — 3.— Mk.
Reduzirter Preis:	Mk. **1.60, 2, 2.20**

mit **10** % Extra-Rabatt.

Alfred Abraham,

Breitestraße 31.

Bekannt grösstes Sortiment nur guter Waaren.

Für Börsen- u. Handelsberichte 2c. sowie den Anzeigentheil verantw. E. Wendel-Thorn.

Hierzu ein zweites Blatt und ein illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.